



F a k t e n u n d A r g u m e n t e

## Anschlag auf die **Freiheit**

„Unser Mitgefühl gilt den Menschen in Amerika, vor allem den Betroffenen“, sagte die Parteivorsitzende Angela Merkel am Dienstagabend in Berlin. „Jeder von uns ist ein Stück fassungslos und entsetzt.“

Bei den Terroranschlägen auf die USA handele es sich „um einen Anschlag auf die Freiheit“, um einen „tiefen Einschnitt für die demokratische Welt“. Zugleich werde deutlich, wie verletzbar „offene Gesellschaften“ sind. Auch wenn über viele Jahre wenig passiert sei, dürfe „unsere Wachsamkeit nicht nachlassen“.

### Trauer, Anteilnahme und Solidarität

In einem Telegramm an den Präsidenten der Vereinigten Staaten George W. Bush schrieb die Parteivorsitzende:

Sehr geehrter Herr Präsident,

mit Entsetzen haben wir die Berichte über die Terroranschläge auf ihr Land und das Leben vieler Tausender Ihrer Landsleute aufgenommen. Die CDU Deutschlands verurteilt diesen Akt der Barbarei auf das Schärfste. In diesen bitteren Stunden versichern wir Sie unse-

rer tief empfundenen Trauer, Anteilnahme und Solidarität. Die CDU Deutschlands steht beim Kampf gegen den internationalen Terrorismus fest an der Seite der Vereinigten Staaten von Amerika.

Mit tiefem Mitgefühl und Solidarität

**Dr. Angela Merkel**

## Ein **Angriff** auf die Zivilisation und die Offenheit unserer Gesellschaften

Anlässlich der Regierungserklärung des Bundeskanzlers zu den tragischen Ereignissen in den USA erklärte der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Friedrich Merz am 12. September in Berlin:

Zutiefst erschüttert haben wir am gestrigen Tag die furchtbare Tragödie verfolgt, die das amerikanische Volk durch mehrere verabscheuungswürdige Terroranschläge getroffen hat. Wir sind entsetzt und fassungslos. (Fortsetzung Seite 3)

■ Generalsekretär Laurenz Meyer: CDU klarer Sieger bei den Wahlen in Niedersachsen (Seite 4-5) ■ Präsidiumsbeschluss zur Zuwanderung (Seite 5) ■ Friedrich Merz zu Konjunktur und Arbeitsmarkt: Wir brauchen tief greifende Reformen der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen (Seite 6) ■ Kurt-Dieter Grill zur rot-grünen Atomgesetznovelle: Ausstieg ohne Konzept (Seite 8) ■ Wolfgang Lohmann: Krankenversicherungsbeiträge steigen ungebremst (Seite 10) ■ Annette Widmann-Mauz: Ökosiegel verwässert deutsche Qualitätsstandards (Seite 11) ■ Bundesfachausschuss Entwicklungspolitik zum Thema Kindersoldaten: Ein Skandal, dass die Bundesregierung hier nicht endlich handelt (Seite 16) ■ CDU Mecklenburg-Vorpommern: Rehberg soll die Partei in den Wahlkampf führen (Seite 18) ■ CDU-Wahlkampf in Hamburg und in Berlin (Seite 18/19)

IMPRESSUM



**PEARL HARBOR.** *Kaumetwas reicht an das heran, was gestern in Amerika auf derart entsetzliche Weise geschehen ist. Nie zuvor hat es solche Terroranschläge in den Vereinigten Staaten, ja in der gesamten westlichen Welt gegeben. Beim Angriff der Japaner auf Pearl Harbor am 7. Dezember 1942 starben 3500 Menschen. Wie viele werden es heute sein? Glaubt man ersten Meldungen, Tausende, vielleicht Zehntausende mehr. Vor allem mit dem Anschlag auf das World Trade Center ist Amerikas Herz getroffen worden.*

Die Welt

**KRIEGSERKLÄRUNG.**

*Nichts wird mehr so sein, wie es war. Trümmer, Blut, Tote inmitten von Amerika. Das gab es in den Vereinigten Staaten noch nie - auch nicht in beiden Weltkriegen. Der Krieg fand in Europa und Asien statt. Jetzt brennt Manhattan.* Bild-Zeitung

**DAS ZIEL.** *Die Anschläge auf Pentagon und World Trade Center zielen nicht nur auf die USA. Sie sind An-*

*schläge auf die eine, freie und offene Welt. Das World Trade Center mag für die Terroristen das Symbol der imperialistischen Globalisierung sein, für uns steht es - bei aller Kritik im Einzelnen - für den freien Verkehr aller Völker mit einander. Es steht für „make business not war“. Die terroristischen Anschläge dagegen erklären dem Business den Krieg. Sie richten sich gegen eine Welt, in der man zwar in dem einen oder anderen Fall einander übers Ohr haut, sich aber nicht die Schädel einschlägt.*

Berliner Zeitung

**WER?** *Wer steckt dahinter? Wer rechnet auf Gewinn, während er, vielleicht Tausende Kilometer entfernt, in einem amerikanischen Sender das terroristische Erdbeben im Herzen des mächtigsten Staats der Erde verfolgt? Zusieht, wie die Türme des World Trade Center einstürzen, wie sich Rauch und Staub über die Stadt ausbreiten, wie die Zahl der mutmaßlichen Opfer höher und höher steigt?*

Frankfurter Allgemeine

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Klingelhöfer Str. 8, 10785 Berlin, Telefon (030) 22070-370, e-mail: ernst.neuper@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. (02226) 802-0, Telefax (02226) 802-111/333, Vertrieb: Tel. (02226) 802-123, Verlagsleitung: Bernd Profitlich, Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 50000), Postbank Köln Nr. 193795-504 (BLZ 370 100 50), Abonnementspreis jährlich 60,- DM, Einzelpreis 1,60 DM, Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

# Wie stehen in diesen Stunden an der Seite der Vereinigten Staaten von Amerika

Fortsetzung von Seite 1

Wir ringen um Worte für Dinge, die sich nicht in Worte fassen lassen. Diese Fernsbilder werden wir nicht vergessen. Die schrecklichen Anschläge haben nicht nur unsere amerikanischen Freunde getroffen, sie haben uns alle getroffen. Sie sind ein Angriff auf die Zivilisation, auf die Freiheit und auf die Offenheit unserer Gesellschaften. Sie sind ein Angriff auf die Grundwerte, die das friedliche Zusammenleben der Völker und der Menschen überhaupt erst möglich ma-

chen. Und die das Leben der Menschen wertvoll machen.

## Uns haben Menschenverachtung und Barbarei angegriffen

Das Böse schlechthin, Menschenverachtung und Barbarei haben uns gestern angegriffen. Wir stehen in diesen schwersten Stunden an der Seite Amerikas. Wir wissen, wo unser Platz ist. Und wir alle, liebe Kolleginnen und Kollegen, säßen heute nicht hier, im Deutschen Bundestag in Berlin,

wenn nicht die Amerikaner vor 50 Jahren Solidarität mit uns Deutschen gezeigt hätten.

Ich meine, dass niemand in der Welt so viel Grund hat, jetzt Solidarität mit Amerika zu zeigen wie wir. Wir beten für die Opfer, für deren Angehörigen und für das ganze amerikanische Volk.

Jeder parteipolitische Streit hat jetzt in unserem Land zurückzustehen. Unseren amerikanischen Freunden sind wir in tiefer Anteilnahme und fester Freundschaft gerade jetzt besonders nahe.

## Terroristen für die Vorbereitung derartiger Anschläge den Boden entziehen

**Als teuflischen Anschlag nicht nur auf die Vereinigten Staaten, sondern auf die gesamte zivilisierte Welt hat der Vorsitzende der EVP-ED Fraktion im Europäischen Parlament, Hans-Gert Pöttering, den Terroranschlag in den USA bezeichnet.**

Die zivilisierten Kräfte in der ganzen Welt müssten jetzt in engster Solidarität

mit den USA die Verantwortlichen für diesen Anschlag zur Rechenschaft ziehen und in enger Zusammenarbeit terroristischen Anschlägen in Zukunft wirksam begegnen.

„Wir stehen mit Trauer und Entsetzen vor einer Katastrophe, die sich nie mehr wiederholen darf. Wir stehen an der Seite Amerikas und aller Betroffenen, mit denen uns tiefes Mitgefühl

verbindet.“ Nach dem ersten Schock gelte es, viele Fragen zu beantworten.

Für die Zukunft müsse vor allem eine Antwort darauf gefunden werden, wie Terroristen für die Vorbereitung derartiger Anschläge der Boden entzogen werden kann. Dies werde auch eine neue Dimension der europäischen und internationalen Zusammenarbeit erfordern.

Christian Wulff:  
**Vorsprung** sogar  
 noch ausgebaut

Ministerpräsident Gabriel ist zur Wahl mit der erklärten Absicht angetreten, das schlechte Ergebnis seines Vorgängers, des damaligen Regierungschefs Gerhard Schröder, zu verbessern. Das Ergebnis: Die SPD hängt bei 38,6 Prozent fest. Die CDU hat 42,6 Prozent erhalten.

Landesvorsitzender Christian Wulff nach der Präsidiumssitzung vor der Presse in Berlin: „Wir sind klar stärkste Partei und haben

**Angela Merkel:**

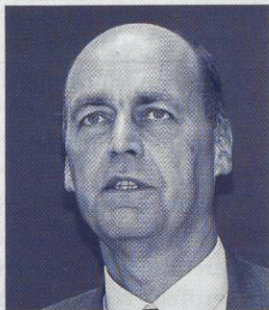
*„Das Ergebnis setzt Maßstäbe für die ganze CDU: Wir können wieder siegen. Wir sind in Schröders Heimatland die stärkste Kraft geworden - Zeichen dafür, dass der Kanzler ange-schlagen ist.“*

unsern Vorsprung vor der SPD sogar noch ausgebaut.“

Geradezu „gigantisch“ habe die CDU im ländlichen Raum dazugewonnen. „Kräftige Erfolge“ sind aber auch in den Städten zu verzeichnen. Beispiel Wolfsburg: Hier hat es einen „Machtwechsel“ gegeben,

GENERALSEKRETÄR LAURENZ MEYER:

CDU klarer **Sieger** bei den  
 Wahlen in Niedersachsen



„Die Wählerinnen und Wähler in Niedersachsen haben das bürgerliche Lager gestärkt. SPD und Grüne haben dagegen Einbußen hinnehmen müssen.“

Zu diesem erfreulichen Ergebnis bei den Kommunalwahlen hat Laurenz Meyer nach einer Präsidiumssitzung am 10. September Christian Wulff und der niedersächsischen CDU sehr herzlich gratuliert. In der geringen Wahlbeteiligung von 56,2 Prozent sah

der Generalsekretär ein „enormes Potential von Frustration“ gegenüber der Politik der SPD-geführten Landesregierung.

**Unzufriedenheit in  
 Stimmen für die CDU  
 ummünzen**

Es gelte, diese – auch über Niedersachsen hinaus – weit verbreitete Unzufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger in Stimmen für die CDU umzumünzen.

den einzigen bei den Kommunalwahlen. Die VW-Stadt wird künftig von der CDU regiert (plus 3,7 % auf 41,6), während die SPD 3,2 % verloren hat und jetzt bei 37,7% liegt.

Christian Wulff: „Nach der Europa-Wahl hat die CDU in Niedersachsen erneut gezeigt, dass sie auch im Land wieder Regierungsverantwortung übernehmen kann.“



Kommunalwahlen in **Niedersachsen** am 9. September

	Kommunalwahl 1) Niedersachsen 2001		Kommunalwahl 1) Niedersachsen 1996		Diff.	Gemeinderatswahl 2) Niedersachsen 2001		Gemeinderatswahl 2) Niedersachsen 1996		Diff.
	Anzahl	%	Anzahl	%		Anzahl	%	Anzahl	%	
Wahlberechtigte	6.220.151		6.128.828			5.026.178		4.900.340		
Wahlbeteiligung	3.493.688	56,2	3.953.660	64,5	-8,3	2.918.151	58,1	3.247.458	66,3	-8,2
gültige Stimmen 3)	9.972.784		11.258.008			8.382.669		9.287.756		
CDU	4.249.063	42,6	4.689.469	41,7	+0,9	3.626.630	43,3	3.921.036	42,2	+1,1
SPD	3.845.083	38,6	4.335.954	38,5	+0,1	3.145.047	37,5	3.527.358	38,0	-0,5
Grüne	670.421	6,7	1.016.302	9,0	-2,3	386.678	4,6	590.976	6,4	-1,8
FDP	614.488	6,2	512.530	4,6	+1,6	383.809	4,6	335.463	3,6	+1,0
WGR	450.381	4,5	486.232	4,3	+0,2	775.736	9,3	820.627	8,8	+0,5
PDS	57.981	0,6	24.937	0,2	+0,4	10.785	0,1	3.917	0,0	+0,1
REP	50.648	0,5	117.865	1,0	-0,5	11.061	0,1	25.219	0,3	-0,2
Sonstige	34.719	0,3	74.719	0,7	-0,4	42.923	0,5	63.160	0,7	-0,2

1) Gemeinderatswahlen in den kreisfreien Städten, Kreistagswahlen in den Landkreisen und Wahl zur Regionsversammlung Hannover (Die Region Hannover ist ein neu gegründeter Zusammenschluß aus Stadt und Landkreis).

2) Gemeinderatswahlen in den Landkreisen

[http://](http://www.cdu.de)

Die Einzelergebnisse: [www.cdu.de](http://www.cdu.de)

3) jeder Wähler hat drei Stimmen

## Präsidiumsbeschluss: Zuwanderung steuern und begrenzen. Integration fördern

■ Der vom Bundesinnenminister vorgelegte Referentenentwurf zum Thema Zuwanderung ist in seiner jetzigen Form für die Union nicht zustimmungsfähig. Das Präsidium bestätigt die Gründe, die auf der Pressekonferenz am 23. August von Ministerpräsident Peter Müller, dem stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Wolfgang Bosbach und Staatsminister Günther Beckstein dargelegt und Bundesinnenminister Otto Schily am 2. September in

einem mündlichen Gespräch erläutert wurden (siehe *UiD* 25, Seite 6–8).

■ Entscheidend für unsere Bewertung kann nur ein von der Bundesregierung im Kabinett verabschiedeter Gesetzentwurf sein.

■ Grundlage für unsere Beurteilung eines solchen Gesetzentwurfs ist der Beschluss des Kleinen Parteitags der CDU „Zuwanderung steuern und begrenzen. Integration fördern“ vom 7. Juni, die gemeinsame Stellungnahme von CDU und CSU zum Thema Zuwande-

rung sowie der Entschließungsantrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

■ Falls die Bundesregierung einen im Kabinett verabschiedeten Gesetzentwurf vorlegt, werden Peter Müller, Wolfgang Bosbach und Günther Beckstein gebeten, nach genauer Prüfung eine zügige Bewertung vorzunehmen und diese mit den Parteiführungen von CDU und CSU sowie der Führung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion abzustimmen. **UD**

# Wir brauchen tief greifende **Reformen** der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen

**Letzte Woche wurden die offiziellen Arbeitslosenzahlen für August veröffentlicht. Die jüngste Arbeitslosenstatistik markiert einen traurigen Wendepunkt auf dem Arbeitsmarkt. Mit 3,789 Millionen ist die Zahl der Arbeitslosen erstmals seit 1998 im Vergleich zum Vorjahr wieder angestiegen. Damit ist amtlich: die Konjunkturkrise in Deutschland hat nun auch den Arbeitsmarkt erfasst.**

Die dramatische Verschlechterung der Situation am Arbeitsmarkt ist für die Opposition kein Grund zum Jubel. Aber sie bestärkt uns in unserer Kritik an dieser Bundesregierung.

Experten erwarten, dass auch für den Rest des Jahres keine Besserung am Arbeitsmarkt eintreten wird. Vielmehr gehen sie davon aus, dass sich bis zum Jahresende die Arbeitslosenzahlen wieder der 4 Millionen-Grenze nähern werden. Daher ist auch eine zweite Erkenntnis „amtlich“: Bundeskanzler Schröder wird sein selbst gestecktes Ziel verfehlen, die Ar-



beitslosigkeit bis zur nächsten Bundestagswahl auf 3,5 Millionen zu senken.

Schon heute ist klar: Die Bundesregierung bekommt die Arbeitslosigkeit deshalb nicht in den Griff, weil sie es bisher versäumt hat, die strukturellen Probleme der Wirtschaft zu lösen.

---

## Mehr Bürokratie – weniger Arbeitsplätze

Statt der notwendigen Deregulierung hat die rot-grüne Koalition den Arbeitsmarkt zusätzlich reguliert. Die Rücknahme beim Kündigungsschutz und der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, die Gesetze zu den 630-DM-Jobs und der Scheinselbständigkeit, der Rechtsanspruch auf Teilzeitarbeit bis hin zu der No-

velle des Betriebsverfassungsgesetzes sind alles keine Maßnahmen, die Unternehmen ermuntern, neue Mitarbeiter einzustellen. Mehr Bürokratie und Verrechtlichung bestehender Arbeitsverhältnisse verhindern vielmehr die dringend erforderliche Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt.

Eine weitere Belastung für den Arbeitsmarkt sind die hohen Sozialkosten. Angesichts der Kostenexplosion im Gesundheitswesen hat selbst die zuständige Ministerin Schmidt angekündigt, dass der Anstieg der Beiträge zur Krankenversicherung unausweichlich ist. Die geplante Absenkung der Rentenbeiträge wird trotz Flickschusterei mittels der Ökosteuer nicht gelingen. Die von der Bundesregierung angestrebte Begrenzung der Lohnnebenkosten auf 40 Prozent ist somit in dieser Legislaturperiode gescheitert. Das sind Kosten, die nicht nur die Verbraucher, sondern auch die Unternehmen belasten und ihren Spielraum schmälern, wettbewerbsfähige Arbeitsplätze zu schaffen.

STEFFEN KAMPETER:

## Spendabel für den roten Senat in Berlin

Zu den offensichtlich durch Wahlkampf verstärkten Zahlungen der Bundesregierung an die Parteifreunde in Berlin erklärte der Obmann im Haushaltsausschuss der CDU/CSU:

Klammheimlich werden aus dem Kulturretat durch die Bundesregierung Millionen-Beträge in die Kassen des rot-grünen Senats geschleust. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion kritisiert diese Wahlkampfhilfe als Steuergeldverschleuderung. Gerade jetzt wurden

zwei offensichtliche Fälle bekannt:

**Fall 1 Bleibegeld für Daniel Barenboim:** Im November vergangenen Jahres wurden 3,5 Mio. DM aufgewendet, um Daniel Barenboim zum Bleiben in Berlin zu bewegen. Der Hauptstadtkulturfonds sollte möglichst unbürokratisch die Mittel zu den Berliner Philharmonikern transferieren. Im Haushaltsentwurf für 2002 findet sich diese Summe erneut. Der Geldregen stellt eine fortgesetzte Ungleich-

behandlung der Berliner Orchester dar, für die es keine Rechtfertigung gibt.

**Fall 2 Aufbauhilfe für den Osten:** Im letzten Bundestagswahlkampf hat die SPD ein Programm „Aufbau der Kultur in den neuen Ländern“ versprochen. Nach der Wahl wurde das Versprechen finanziell gekürzt. Die Enttäuschung war groß. Jetzt wurde ausgerechnet die Aufbauhilfe für Berlin erweitert. Eine Tranche von 5 Mio. DM fließt noch vor der Wahl in die Hauptstadt.

### Den Mittelstand verprellt

Darüber hinaus hat die Bundesregierung mit ihrer Steuerreform den Mittelstand verprellt. Sie verkennt damit die Bedeutung der kleinen und mittelständischen Unternehmen für Innovationen, wirtschaftliches Wachstum und damit die Entstehung von Beschäftigung. Es ist nicht nachvollziehbar, warum der Spitzensteuertarif bei der Einkommensteuer erst im Jahr 2005 spür-

bar abgesenkt wird, während bei den Kapitalgesellschaften bereits in diesem Jahr die deutliche Tarifabsenkung auf 25 % erfolgt ist.

Angesichts von fast vier Millionen Arbeitslosen kann es nicht sein, dass die Bundesregierung ein Jahr vor der nächsten Wahl eine ruhige Kugel schiebt. Gefragt sind keine massiven Ausgabeprogramme, die nur konjunkturelle Strohhalm zur Folge haben. Wir brauchen auch keine neuen Bündnisse für Arbeit. Wir brauchen tiefgreifende und

substantielle Reformen der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen.

### Schröder an seinem Maßstab messen

Nur so gibt es eine Chance, die Probleme auf dem Arbeitsmarkt dauerhaft zu lösen. Das ist schließlich der Maßstab, den Herr Schröder für sich selbst aufgestellt hat. Unsere Aufgabe als Opposition ist es, den Bundeskanzler daran zu messen. **UD**

# Ausstieg ohne Konzept – drei zentrale Fragen bleiben unbeantwortet

**Die Entscheidung des Kabinetts über die Atomgesetznovelle hat der Berichterstatter für Energiepolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion eine Entscheidung gegen die ökonomische und ökologische Vernunft genannt:**

Sie wird getroffen, ohne dass ein Konzept zur Entsorgung, geschweige denn zur Energiepolitik vorliegt. Die Bundesregierung hat drei zentrale Fragen nicht beantwortet:

■ Welches energiepolitische Konzept hat die Bundesregierung, mit dem die Kernenergie im Grundlastbereich ersetzt werden soll?

■ Warum nutzt die Bundesregierung trotz früherer massiver Vorwürfe nun doch die vorhandene Entsorgungsstruktur und die bestehenden Sicherheitsstandards?

■ Warum stoppt die Bundesregierung in unverantwortlicher Weise die Erkundung des Salzstockes Gorleben?

Auf die **erste Frage** hat die Bundesregierung bis heute keine schlüssige Antwort vorgelegt. Ein energiepolitisches Konzept wird es nicht geben.

■ Es ist nicht erkennbar, wie die Kernenergie in der Grundlast wettbewerbsfähig im Interesse des Standortes Deutschland ersetzt werden soll.

■ Es ist nicht erkennbar, wie dies zudem klimaverträglich, ohne Erhöhung der CO<sub>2</sub>-Emissionen erfolgen soll. Die Bundesregierung hat im April öffentlich bekannt, dass sie die Klimalücke aufgrund des Ausstiegs aus der Kernenergie nicht schließen kann.

Der Energiebericht des Bundeswirtschaftsministers ist ein Dokument der Konzeptlosigkeit in der Energiepolitik. Die Klimapolitik verfehlt ihre Ziele, für die Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik gibt es keine gesicherte, langfristige Perspektive.

Die Antwort auf die **zweite Frage** beginnt mit der Feststellung: Die Bundesregierung hat keinen Beweis für das Scheitern des bisherigen, auch von der SPD seit 1979 befürworteten Entsorgungskonzeptes vorgelegt. Im Gegenteil: die in 30 Jah-



ren im Konsens entwickelte Entsorgungsstruktur wird entweder genehmigt oder genutzt werden.

Genehmigt werden das Endlager „Schacht Konrad“ sowie die Pilotkonditionierungsanlage in Gorleben.

Genutzt werden die Zwischenlager in Gorleben und Ahaus. Neue dezentrale Zwischenlager werden nach dem Muster Gorleben gebaut.

Darüber hinaus gibt die Bundesregierung die Vorwürfe der Abfallverschiebung auf und bestätigt:

■ völkerrechtlich verbindliche Verträge zur Wiederaufarbeitung in Frankreich und Großbritannien bis 2005

■ den bisher geltenden Verwertungsnachweis für das Plutonium.

Damit ist bewiesen, dass die CDU/CSU 1998 ein geschlossenes und funktionierendes Entsorgungskonzept hinterlassen hat.

Zur **dritten Frage** ist anzumerken: Ein schwerer Fehler und eine negative Veränderung ist die Abkoppelung des Entsorgungsnach-



weises von der Endlagererkundung. Die Bundesregierung verschiebt damit die Verantwortung auf kommende Generationen.

Obwohl die Eignung des Salzstockes Gorleben für die Endgerung nach dem bisherigen Stand bestätigt wird, unterbricht man die Erkundung. Dies ist in höchstem Maße politisch unverantwortlich. Entscheidungen in Sachen Endlagerung dürfen nicht auf die nächste Generation verschoben werden. Kriterien für neue Standorte gibt es nicht. Im krassen Widerspruch dazu steht allerdings der juristische Schutz der Erkundung gegen die Ansprüche privater Dritter auf Abbau des Salzes. Abschließend bleibt nur festzustellen:

Die Bundesregierung hat bis heute keine neue Risikobewertung der Kernenergie vorgelegt, im Gegenteil, der hohe Sicherheitsstandard der deutschen Kernkraftwerke wird bestätigt. Im Kern bedeutet all dies, dass die bisherige Diffamierung der Kernenergie durch Rot-Grün aufgegeben wird. Die jahrelange Kampagne von Bündnis 90/Die Grünen entlarvt sich als Instrument zum Machterwerb. Die Unternehmen können bei gesetzlicher Garantie durch Rot-Grün mit abgeschriebe-

nen Kraftwerken weiterhin gute Gewinne realisieren.

## Peter Paziorek: Option Kernkraft offen halten

Die Kernenergie trägt mit ca. 1/3 zur Stromerzeugung in Deutschland bei und ist ein kostengünstiger, quasi heimischer Energieträger aufgrund in Deutschland entwickelter und produzierter Technologie. Sie ist in der Lage, die deutsche Stromversorgung gegen weltwirtschaftlich bedingten Schwankungen des Energiepreinsniveaus abzusichern.



Daraus leitet sich die Forderung ab, die Option einer weiteren Kernenergienutzung in Deutschland grundsätzlich offen zu halten. Die kerntechnische Forschung in den Großforschungseinrichtungen einschließlich der universitären Infrastruktur muss erhalten bleiben und gleichfalls weiter unterstützt werden.

Deutschland braucht dies nicht nur zur Erhaltung der Spitzentechnologie Kerntechnik, sondern auch, um in der internationalen Diskussion bei den Nationen, die weiter auf Kerntechnik setzen, mit seinen Sicherheitsinteressen Gehör zu finden.

## ANDREAS SCHMIDT:

### Auf Aussage Sirvens bestehen

**Die Bundesjustizministerin muss unverzüglich alles unternehmen, um in Paris die Vernehmung des früheren Elf-Aquitaine-Direktors Alfred Sirven vor dem 1. Untersuchungsausschuss zu ermöglichen.**

Diese Forderung hat der Obmann der CDU/CSU-Bundestagfraktion im Untersuchungsausschuss, Andreas

Schmidt, gestellt. Angesichts der Bedeutung der Angelegenheit Leuna sollte Hertha Däubler-Gmelin persönlich vor dem Ausschuss erscheinen und berichten. Auch in einem Schreiben an den Ausschussvorsitzenden hat sich Schmidt dafür eingesetzt, bei der französischen Regierung auf eine Aussagemöglichkeit Sirvens zu dringen.

## Keine Zustimmung

■ Bundesinnenminister Schily will die Beamtenversorgung reformieren. Das Bundesarbeitsministerium hat die Pläne überprüft und kommt zu dem Schluss: Die zweite Stufe der Übertragung der Rentenreform ins Beamtenrecht entfaltet „auf das Lebensinkommen eines Beamten eine weit stärkere Wirkung, als dies die modifizierte Rentenanpassungsformel ab 2011 bei den Rentnern“ tut. In Zahlen: Verminderung der Beamtenversorgung um 10 Prozent gegenüber einem Minus von sechs Prozent nach den aktuellen Berechnungen in der Rentenversicherung bis 2030. Fazit des Bundesarbeitsministeriums: „Damit kann in der zweiten Stufe der Reform ab 2011 nicht von einer Wirkungsgleichheit ausgegangen werden. **Erwin Marschewski**, innenpolitischer Sprecher der CDU/CSU: „Unsere Zustimmung können die Pläne Schilys nicht finden.“

## Ungeeignet

■ Schröder denkt über die Einführung einer neuen Steuer nach. Mit der so genannten Tobin-Steuer will er den Staat an den Devisenumsätzen beteiligen. **Gerda Hasselfeldt**, finanzpolitische Sprecherin der CDU/CSU:

WOLFGANG LOHMANN:

## Krankenversicherungsbeiträge steigen weiter ungebremst

**Obwohl die Krankenversicherungsbeiträge von derzeit 13,6 auf über 14 % zu steigen drohen, sieht Bundesgesundheitsministerin Schmidt keinen Handlungsbedarf. Diese Untätigkeit der Bundesministerin für Gesundheit ist angesichts einer schwächelnden Konjunktur völlig inakzeptabel.**

Bundesministerin Schmidt müsste ebenso wie das gesamte Kabinett Schröder alles daran setzen, um ein weiteres Ansteigen der Lohnnebenkosten zu verhindern. Die Tatenlosigkeit der rot-grünen Bundesregierung und ihre Focussierung auf den nächsten Bundestagswahltermin schadet Patienten und Arbeitnehmern. Bei anhaltender konjunktureller Talfahrt trägt jeder Tag, den Bundesministerin Schmidt tatenlos ver-

streichen lässt, zur Verschärfung der Lage bei. Ulla Schmidt läuft Gefahr, sich mit ihrer Tatenlosigkeit in eine Sackgasse zu manövrieren, aus der es im nächsten Jahr kein Entrinnen gibt. Dann aber wird der Handlungsdruck so gewaltig sein, dass in kurzatmigen Aktionen drastische Einschnitte von Nöten sind. Um einen Beitragssatzanstieg in der gesetzlichen Krankenversicherung jetzt zu verhindern, sollten der Mehrwertsteuersatz auf Medikamente halbiert und versicherungsfremde Leistungen steuerfinanziert werden. Diese Sofortmaßnahmen entbinden Bundesministerin Schmidt jedoch nicht davon, ein umfassendes Programm zur Gesundheitsreform vorzulegen, und zwar noch vor der nächsten Bundestagswahl.

„Wir lehnen diese zusätzliche Belastung der deutschen Wirtschaft ab.“ ■ Die Tobin-Steuer sei nicht geeignet, die Stabilität der Finanzmärkte zu erhöhen. ■ Sie lasse sich vor allem nicht auf rein spe-

kulative Transaktionen begrenzen. ■ Zu befürchten ist, dass sich ihr Sinn in sein Gegenteil verkehrt und zur Vermeidung der Tobin-Steuer Finanzinnovationen geschaffen werden, die Durch-

ANNETTE WIDMANN-MAUZ:

## Ökosiegel verwässert deutsche Qualitätsstandards

**Unter dem Motto „viel Lärm um nichts“ stellt Ministerin Künast ihr Ökosiegel vor: Ohne zusätzliche Qualitätskriterien festzulegen, fügt sie den vorhandenen Siegeln ein weiteres hinzu. Das ist eine Irreführung der Verbraucher!**

Darüber hinaus werden die in Deutschland üblichen Standards für Ökoprodukte auf den umstrittenen EU-Standard gesenkt. Künftig muss längst nicht mehr alles „öko“ sein, was als „öko“ gekennzeichnet ist.

Bei Ministerin Künast herrscht das Prinzip „Schnelligkeit geht vor Substanz“. Denn nach der dem Ökosiegel zugrunde liegenden EU-Verordnung können künftig J auch Kälber und kleine Wiederkäuer für die Fleischerzeugung als Tiere aus ökologischem

Landbau vermarktet werden, obwohl sie gar nicht in ökologischen Betrieben geboren wurden, J auch Futtermittel aus nicht-ökologischem Landbau eingesetzt werden, J auch Betriebe, die nur einen Teil ihrer Produktion auf Öko-Landbau umgestellt haben, entsprechend der Richtlinie für ihre Produkte das Ökosiegel erhalten, J mit behördlicher Genehmigung bis zu 40% des Bestands an Rindern zur Aufstockung eingestellt werden, die nicht aus ökologischen Tierhaltungsbetrieben stammen.

Die Verbraucher kaufen in gutem Glauben „Öko“-Produkte, obwohl es sich um konventionelle Erzeugnisse handeln kann. Dies ist staatlich organisierter Etikettenschwindel und eine bewusste Irreführung der deutschen Verbraucher.

ihren steuer- und mietrechtlichen Eingriffen, der Verschlechterung der Eigenheimzulage und der finanziellen Demontage des sozialen Wohnungsbaus den Sinkflug bei den Baugeneh-

migungen 1999 eingeleitet hat, belegen die neuesten Zahlen des Statistischen Bundesamts für das erste Halbjahr 2001 jetzt auch den Einbruch bei den Wohnungsfertigstellungen. Die Zahlen in den alten Bundesländern: um 14% beim Neubau, um 9% beim Ein- und Zweifamilienhausbau, um 21% beim Mehrgeschossbau, um 33% bei den Mietwohnungen. Noch dramatischer in den neuen Ländern: am Minus von insgesamt 32% sind die Ein- und Zweifamilienhäuser mit 24%, die Mehrgeschosswohnungen mit 48% beteiligt. **Dietmar Kansy**, wohnungsbaupolitischer Sprecher der CDU/CSU: „Die schlimme Krise in der Bauwirtschaft hat im hausgemachten Absturz des Wohnungsbaus ihre wesentliche Ursache und mit *Minister Tatenlos* – so der Bauindustrie-Spott über den symbolischen Bauminister Bodewig – ihr Gesicht.“

### Familienberatung

■ Immer häufiger sind Eltern mit der Erziehung ihrer Kinder überfordert. Das stellt die Landesarbeitsgemeinschaft für Erziehungsberatung Niedersachsen fest und bestätigt die Familienoffensive, die die CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit dem Ziel gestartet hat,

schaubarkeit und Anfälligkeit des weltweiten Finanzsystems sogar noch verstärken.

### Talsole bald erreicht

■ Nachdem die rot-grüne Wohnungsbaupolitik mit

Angebote der Familienbildung und Familienberatung für alle sozialen Schichten auszubauen. **Maria Eichhorn**, Vorsitzende der AG Familie, Senioren, Frauen und Jugend der CDU/CSU: „Derartige Angebote sind besonders in Zeiten des Wechselns von einer Lebensphase in eine andere wichtig, nämlich bei Heirat, in der Schwangerschaft, nach der Geburt eines Kindes, beim Eintritt des Kindes in den Kindergarten, bei dessen Einschulung.“

### Horrorvision

■ hat der agrarpolitische Sprecher der CDU/CSU, **Heinrich-Wilhelm Ronsöhr**, den Regierungsentwurf der Technischen Anleitung zur Reinhaltung der Luft für die viehhaltenden landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland genannt: „Sie sind insofern widersinnig, als sie die landwirtschaftliche Tierhaltung hinsichtlich der Stoffkonzentration in den Abluft mit industriellen Anlagen auf dieselbe Stufe stellen. Die Spitze der Ungereimtheiten: Ab einer bestimmten Größe sollen Betriebe die Vorbelastung mit Ammoniak und Schwebstaub bei Antragstellung für die Genehmigung von Stallbauten selbst ermitteln. „Systema-

tisch zieht die Bundesregierung die Schlinge um die landwirtschaftlichen Tierhalter immer fester zu.“

### Wasserversorgung

■ Trinkwasser in Deutschland ist preiswerter, sicherer, hygienischer und gesünder als fast überall sonst auf der Welt. Dafür sorgen über 6.600 kommunale Wasserbetriebe. **Peter Götz**, kommunalpolitischer Sprecher der CDU/CSU: „Städte und Gemeinden müssen auch in Zukunft dafür verantwortlich bleiben. Deshalb spreche ich mich klar und eindeutig gegen den Entschließungsantrag des Ausschusses für Wirtschaft und Währung des Europäischen Parlaments über die Entkommunalisierung der Wasserversorgung aus.“ Denn Hauptzweck privater Unternehmen wäre die reine Gewinnerzielung und weniger das Gemeinwohl. Beispiel Großbritannien: Dort haben sich seit der Liberalisierung der Wasserversorgung die Kosten mehr als verdoppelt.

### Endlich!

■ Was die CDU/CSU-Bundestagsfraktion schon lange gefordert hat – jetzt ist auch der Bundeskanzler dazu bereit. Damit auch in Deutschland das Internet ohne Angst

vor unübersehbaren Kosten genutzt werden kann, soll künftig auch deutschlandweit der Internet-Zugang „preiswerter“ gemacht werden. **Martina Krogmann**, Internet-Beauftragte der CDU/CSU: „Herr Bundeskanzler, wir fragen nach. Ankündigungen genügen nicht. Wir wollen Taten sehen. Die *flatrate* muss endlich auch in Deutschland kommen.“

### Längst überfällig

■ Sommer 2000: Zusage Schröders, dass ein bundesweites Anbau- und Beobachtungsprogramm zur „grünen“ Gentechnik stattfinden soll. Bis heute scheitert es am Widerstand der Bundeslandwirtschaftsministerin. **Helmut Heiderich**, Berichterstatter der CDU/CSU für „grüne“ Gentechnik: „Wir dürfen nicht länger hinter der europäischen Entwicklung zurück bleiben, die EU-Parlament und EU-Kommission in den vergangenen Monaten vorangetrieben haben.“ Widerspruch in sich: Als Voraussetzung für Freilandversuche werden weitere Forschungsergebnisse verlangt, gleichzeitig aber die Maßnahmen verweigert werden, die zu solchen Ergebnissen führen.

## MIT SIEBEN SIEGELN

ist für die meisten Deutschen immer noch der Zugang zum Verständnis der Riester-Rente verschlossen. Zwei Drittel aller vom Nürnberger GfK-Institut befragten Deutschen können keinerlei Angaben zu den Inhalten des neuen Rentengesetzes machen.

## BREMSKLÖTZE,

die die Beschäftigung verhindern, müssen weg. Zur Ankurbelung des Stellenmarkts hat Arbeitgeberpräsident Hundt die Entrümpelung der Tarif- und Arbeitsrechts gefordert. Das wären flexiblere Regelungen bei Tarifen, Zeitarbeit und Kündigungsschutz. Das Besorgnis Erregende mit Blick auf 3,8 Millionen Arbeitslose: die 1,5 Millionen unbesetzten Stellen.

## AUFTRAGSSCHWÄCHE

ist eine weitere Ursache für das Erlahmen der deutschen Konjunktur. Um 1,4 Prozent sind allein von Juni auf Juli die Auftragseingänge der deutschen Industrie gesunken. Binnen Jahresfrist: um zwei Prozent. Während die Bestellungen von Juni auf Juli im Inland um 1,1 Prozent stiegen, brachen sie im Ausland um 4,3 Prozent ein.

## KONJUNKTURFLAUTE

auf breiter Front auch im Verarbeitenden Gewerbe in Ost-

deutschland. Nach der Juli-Umfrage des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) liegt der Saldo aus positiven und negativen Meldungen zur Geschäftslage mit 49 Punkten um 4 Punkte unter dem Stand vom Mai. Das Bruttoinlandsprodukt (BPI) wächst nur noch um rund ein Prozent. Besonders gravierend: Auch die Bewertung der Geschäftsaussichten rutschte deutlich ab.

## DER EURO

macht auch eine Umbenennung des monatlich erscheinenden Wirtschaftsmagazins „DM“ nötig. Ab November wird es „DMEURO“ heißen. Chefredakteur Hermann Kutzer kündigte gleichzeitig mit dem neuen Namen eine stärkere Konzentration auf Unternehmens- und Branchenmeldungen an.

## DREI BUCHSTABEN

als Domain-Namen – prominentes Beispiel: MTV – sind so begehrt, dass sie über die freie Registrierung in allen denkbaren Kombinationen einfach nicht mehr zu haben waren. Jetzt sind 2.500 .de-Domains (14 %) von ihren Inhabern überraschend freigegeben worden: eine neue Chance für bisher erfolglose Interessenten und Domain-Spekulanten. Näheres im Internet unter: [www.sedo.de](http://www.sedo.de).

**INTERNET** wird zum kollektiven Gedächtnis, indem immer mehr Bücher, Bilder und Videos im weltweiten Netz allgemein zur Verfügung gestellt werden. Ein Problem auf dem Weg dahin sieht Erich Neuhold, Leiter des Fraunhofer-Instituts für Integrierte Publikations- und Informationssysteme (Ipsi), in der nicht geklärten Frage des geistigen Eigentums und der Gefahr, dass Autoren ihre Forderungen überziehen.

## NEUER HÖCHSTSTAND

bei Ehescheidungen im Jahr 2000 – den hat das Statistische Bundesamt ermittelt: insgesamt 194.410 rechtskräftig geschiedene Ehen, 3.820 mehr als im Jahr zuvor. Oder: auf 1000 Ehen zehn Scheidungen. Auch die Zahl der davon betroffenen minderjährigen Kinder hat zugenommen: 148.190. Das waren letztes Jahr 4.460 mehr als 1999.

## EHRENAMTLICHE

Richter sollen besser geschützt werden. Insbesondere Schöffen sind nach geltendem Recht unzureichend gegen Kündigung und andere Benachteiligungen durch ihre Arbeit zugunsten der Allgemeinheit geschützt. Der hessische Justizminister Christean Wagner: „Dieser Zustand kann auf Dauer nicht hingenommen werden.“ **UD**

# Unsere Alternative: **Kräfte bündeln** für Wachstums- und Arbeitsmarktbelebung

**Zum Ergebnis der Klausurtagung der Arbeitsgruppe Haushalt der CDU/CSU-Bundestagsfraktion erklärten der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und der finanzpolitische Sprecher der CSU-Landesgruppe:**

Zur Vorbereitung der bevorstehenden Haushaltsberatungen im Deutschen Bundestag haben sich die Haushalter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf ihrer Klausurtagung intensiv mit dem Bundeshaushalt 2002 und dem Finanzplan bis 2005 befasst. Das Ergebnis der Beratungen lässt sich wie folgt zusammenfassen:

■ **Sowohl die Wachstums- als auch die Arbeitslosenzahlen – also die gesamtwirtschaftlichen Annahmen – der Bundesregierung sind zu optimistisch.** Alle wesentlichen Zahlen weisen in die falsche Richtung: Die Arbeitslosigkeit steigt, das Wachstum stagniert, die Investitionen werden gekürzt, die Steuerbelastung sinkt nicht, die Abgabenquote steigt. Infla-

tionsrate und Energiekosten sind hoch. Eichels Haushaltsentwurf 2002 beruht auf der Annahme, dass die Wirtschaft in diesem Jahr um gut 2 vH (das Haushalts-soll 2001 geht noch von einem Wirtschaftswachstum von 2,75 vH aus) und im nächsten Jahr um 2,25 vH wachsen wird.

■ **Der Haushaltsentwurf versagt bei den Anliegen für mehr Wachstum, mehr Investitionen, Sparsamkeit an der richtigen Stelle, weniger Steuerbelastung.** Die Gesamtausgaben 2002 liegen mit 484,7 Mrd. DM um fast 8 Mrd. DM höher als 2001. Bis zum Jahr 2005 würden sie bei Fortführung der rot-grünen Politik weiter auf 497,6 Mrd. DM ansteigen, das wären dann gegenüber dem Ist-Ergebnis von 1998 rd. 41 Mrd. DM mehr. Dabei werden die Konsumausgaben bis zum Jahr 2005 um 47 Mrd. DM ausgedehnt, während die volkswirtschaftlich bedeutsamen investiven Ausgaben des Bundes im Jahr 2005 um 6 Mrd. DM niedriger sein werden als 1998. Noch nie war die Inve-



D. Austermann



B. Kalb

stitutionsquote im Bundeshaushalt so gering wie unter rot-grüner Verantwortung.

■ **Der Bundeswehrhaushalt ist chronisch unterfinanziert.** Mit 46,9 Mrd. DM im Jahr 2001 einschließlich aller Auslandseinsätze – im Jahr 2002 sollen die Mittel nochmals um 660 Mio. DM auf nur noch 46,2 Mrd. DM sinken – fehlen mindestens 2 Mrd. DM/Jahr. Mit einer derartig unzureichenden Finanzausstattung ist eine vernünftige Bundeswehrreform nicht machbar.

■ **Der Mittelstand und die neuen Länder werden auch im Haushalt 2002 arg ge-beutelt.** So werden die Ausgaben im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Wirtschaftsstruktur“-Ost, die schon in diesem Jahr um 300 Mio. DM gekürzt

wurden, im Haushaltsentwurf 2002 um weitere 300 Mio. DM oder 15 vH auf 1,79 Mrd. DM verringert.

■ **Von dem Versprechen, die Forschungs- und Bildungsausgaben sowie die Wirtschafts- und Technologieausgaben zu verdoppeln, ist nichts mehr übriggeblieben.** Rechnet man die sinkenden Kohlelizenzen aus dem Etat des Wirtschaftsministers heraus, so liegen die zusammengefassten Einzelpläne für Wirtschaft und Technologie sowie für Forschung und Bildung im Jahr 2005 um 1,3 Mrd. DM oder 5,5 vH niedriger als 1998.

■ **Die Einnahmeseite des Bundeshaushalts 2002 und des Finanzplans bis 2005 ist durch stark steigende Steuereinnahmen gekennzeichnet.** Trotz aller Steuersenkungsschritte liegen die Steuereinnahmen im Jahr 2002 um 58 Mrd. DM höher als 1998 und im Jahr 2005 werden es nach Eichels Finanzplan 104 Mrd. DM mehr sein als 1998.

■ **Die politische Alternative der CDU/CSU: Wachstums- und Arbeitsmarktbelebung durch ein Bündel von Maßnahmen ermöglichen. Hierzu gehören:**  
 ■ Steuerreformschritte auf

2002 vorziehen. ■ „Ökosteuer“ einfrieren. ■ Investitionen des Bundes zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung und zur Verbesserung der Infrastruktur stärken: ► knapp 2 Mrd. DM mehr für Bundesfernstraßen ► je 1/2 Mrd. DM mehr für Schienenwege sowie für Wohnungs- und Städtebau ► Konzessionsmodelle verstärken. ■ Konsumausgaben senken: ► Zinsausgaben kürzen ► Öffentlichkeitsarbeit und Fachinformationen beschneiden ► weitere Kürzungen z. B. bei Gewährleistungen, Versorgungsausgaben ► Subventionsabbau endlich in Angriff nehmen.

■ Arbeitsmarkt deregulieren: ► den Zuschuss an die Bundesanstalt für Arbeit (BA) bei Null halten. Die BA muss in ihrem Haushalt sparen (z.B. ABM, Jugendarbeitslosenprogramm). ► den Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung um 1/21/2 1/2 vH-Punkt senken. ■ Die chronische Unterfinanzierung der Bundeswehr beenden, mit 2 Mrd. DM ihr helfen, die Aufgaben wahrzunehmen zu können. ■ Die neuen Bundesländer (einschließlich Berlin) stärker unterstützen: ► die Kürzung bei der Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Wirtschaftsförderung“ Ost

im Haushalt 2002 in Höhe von 300 Mio. DM rückgängig machen ► den Forschungsstandort Ost stärken, die vorgesehene Kürzung bei Forschung und Entwicklung Ost in Höhe von 40 Mio. DM zurücknehmen ► von der Deutschen Bahn nicht verbaubare Mittel für das Vorziehen von Infrastrukturinvestitionen in Ostdeutschland und den schnelleren Ausbau der Verkehrsprojekte Deutsche Einheit verwenden, die Infrastrukturücke in den neuen Ländern schließen. ■ Die drastische Bestrafung der deutschen Landwirtschaft beenden. Es darf nicht sein, dass durch BSE-Krise und Schweinepest sowie durch die falsche Politik der Bundesregierung die deutschen Bauern immer weniger Geld für ihre Produkte bekommen, während die Verbraucher immer mehr zahlen müssen. Daher muss der Landwirtschaftsetat um 1 1/2 Mrd. DM aufgestockt werden. ■ Sämtliche Möglichkeiten der Verbesserung auf der Einnahmeseite ausschöpfen, um Steuersenkungen zu finanzieren. Umsatzsteuerbetrug stärker bekämpfen, Verstärkung der Privatisierungseinnahmen.

<http://>

Voller Wortlaut: [www.cducsu.bundestag.de](http://www.cducsu.bundestag.de)

# Ein **Skandal**, dass die Bundesregierung hier nicht endlich handelt

Der Bundesfachausschuss Entwicklungspolitik hat zum Thema Kindersoldaten einen Beschluss gefasst. Dazu erklärten der Vorsitzende des Bundesfachausschusses, Armin Laschet MdEP, und das Mitglied des Bundesfachausschusses, die CDU-Bundestagsabgeordnete Erika Reinhardt:

Der Einsatz von Kindern als Soldaten ist eine humanitäre Tragödie. Über 300.000 Kinder in mehr als 25 Ländern werden als Frontkämpfer, lebendige Schutzschilde oder Minenräumer missbraucht. Diese Kinder wachsen auf, ohne eine Kindheit zu kennen.

Es sind weniger staatliche Einheiten, die Kinder zum Kriegsdienst zwingen, als marodierende Milizen oder Guerillabanden. Im jüngsten „Global Report on Child Soldiers 2001“ wird festgestellt, dass Kinder zunehmend in Afrika südlich der Sahara, in Teilen Asiens und des pazifischen Raums zum Waffendienst gezwungen werden. Deshalb müssen den Worten der vergangenen Jahre endlich Taten

folgen. Diese Kinder brauchen unseren Schutz und unsere Hilfe.

## Gegen den Missbrauch von Kindern als Soldaten

Die CDU fordert die Bundesregierung auf, Maßnahmen zu ergreifen, um dem Problem Kindersoldaten zu begegnen:

■ Die Bundesregierung muss endlich einen Gesetzentwurf für die Ratifizierung des Zusatzprotokolls zur UN-Kinderrechtskonvention vorlegen und damit ein positives Signal für den vom 19. bis 21. September in New York stattfindenden Weltkindergipfel der UNO geben. Es ist ein Skandal, dass die Bundesregierung dieser humanitären Notwendigkeit nicht nachkommt.

■ Die Bundesregierung muss praktische Hilfe für Kindersoldaten leisten. Dazu gehört die Förderung von Programmen zur Demobilisierung, Reintegration und psychologischen Betreuung von Kindersoldaten



A. Laschet



E. Reinhardt

ebenso wie die Unterstützung von Präventionsmaßnahmen.

■ Die Bundesregierung muss sich verstärkt für die weltweite Geltung des Vertrags über den Ständigen Internationalen Strafgerichtshof einsetzen. In die Liste der Kriegsverbrechen wurde auch die „Rekrutierung von Kindern unter 15 Jahren in die nationalen Streitkräfte oder ihr aktiver Einsatz bei Feindseligkeiten“ aufgenommen. Doch dies kann nur ein erster Schritt sein. Das internationale Recht muss weiter verschärft werden.

■ Empfängerländer deutscher Entwicklungshilfe dürfen nicht gleichzeitig den Einsatz von Kindersoldaten billigen oder fördern. Die Entwicklungszusammenarbeit muss hier konditioniert werden.



HANS-GERT PÖTTERING:

## Stabilität des Euro durch Einhaltung der Stabilitätskriterien garantieren

Der Vorsitzende der EVP-ED Fraktion im Europäischen Parlament, Hans-Gert Pöttering, hat die wichtigsten politischen Aufgaben für die christdemokratische Fraktion im Europäischen Parlament für die zweite Hälfte dieser Legislatur definiert: ■ die Garantie der Stabilität des Euro durch konsequente Einhaltung der Stabilitätskriterien; ■ die Förderung der Mitgliedschaft der mitteleuropäischen Länder in der Europäischen Union und ■ die Fortsetzung des Reformprozesses der Europäischen Union.

Zum Beginn der parlamentarischen Arbeit nach der Sommerpause erinnerte Pöttering seine Fraktion, mit 232 Abgeordneten die mit Abstand größte Fraktion im EP, an ihre Aufgabe als Anwalt der mitteleuropäischen Länder und deren Mitgliedschaft in der Europäischen Union. Es sei selbstverständlich, dass alle Länder vor ihrem Beitritt die Kriterien der Mitgliedschaft erfüllen müssen. Gleichzeitig müsse die Europäische



Union aber alles tun, damit erste Länder bereits an der Europawahl 2004 teilnehmen können. Dies ist eine zuerst von der EVP-ED Fraktion erhobene Forderung, die dann vom Parlament und den Staats- und Regierungschefs übernommen wurde.

Pöttering warnte dringend davor, angesichts von Wahlen in den Mitgliedstaaten Forderungen zum Nachteil der Interessen der mitteleuropäischen Länder zu erheben. „Es darf keine neuen Behinderungen für die Erweiterung geben.“ Die Vorstellung, dass die Erweiterung einen großen Strom von Zuwanderern zur Folge haben werde, bezeichnete Pöttering als nicht haltbar. In den letzten Jahren seien 900.000 Menschen aus Polen nach Deutschland ge-

kommen; 700.000 von ihnen seien inzwischen jedoch wieder in ihre Heimat zurückgekehrt. „Wenn die Menschen bessere Lebensperspektiven zu Hause haben, gibt es keinen Grund, in ein anderes Land abzuwandern.“

Die Sicherung der Stabilität des Euro sei eine weitere politische Priorität der Fraktion. „Die Christdemokraten werden sich für die unbedingte Einhaltung der Stabilitätskriterien einsetzen und jeder Ablösung von diesen Kriterien entschieden entgegenzutreten“, erklärte Pöttering. Die Verankerung der Stabilitätskriterien im Maastrichter Vertrag sei ein Sicherheitsmechanismus zur Garantie der Stabilität des Euro gewesen, auf der gerade die damalige Bundesregierung unter CDU/CSU aus guten Gründen bestanden habe.

Pöttering vertrat auch die Ansicht, dass die nächste Reform der Europäischen Union schon jetzt auf den Weg gebracht werden müsse, da der Nizzaer Vertrag nur unvollkommen die Reformziele erreicht habe. **UD**

OLE VON BEUST:

**Wir wollen  
Hamburg richtig  
durchlüften**

**In München kommen auf 100.000 Einwohner 9.000 Straftaten, in Hamburg 17.000. Vor diesem Hintergrund wird deutlich, was der Abbau von 800 Polizeistellen in der Handgestalt seit 1994 bedeutet.**

„Das ist Wahnsinn,“ sagte der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber dazu – und zum Thema Bildung: „Meine Leute würden mir das Dach abdecken, wenn wir in Bayern Unterrichtsausfälle wie in Hamburg hätten.“ 4.700 neue Lehrer sind allein im letzten Jahr in Bayern eingestellt worden. In Hamburg dagegen wird bei den Lehrerstellen gespart.

Ole von Beust hatte Stoiber zu einer Wahlkampfveranstaltung am Jungfernstieg eingeladen. Große Resonanz bei den Bürgerinnen und Bürgern. Und viel Beifall für den CDU-Bürgermeisterkandidaten, der dem Ministerpräsidenten versprach, künftig müsse im Kreis der Bundesländer mit Hamburg wieder gerechnet werden: „Schluss mit der Gewalt!“ Und: „Wir wollen richtig durchlüften.“ **UD**

## Weichenstellung – **Rehberg** soll die Partei in den Wahlkampf führen

**Auf einer Klausurtagung am vergangenen Wochenende hat die CDU Mecklenburg-Vorpommern personell und inhaltlich die Weichen für die Landtagswahlen im kommenden Herbst gestellt.**

Die CDU-Landesvorsitzende, Steffie Schnoor, teilte den 21 Mitgliedern des Landesvorstandes mit, daß sie sich am Ende der Legislaturperiode aus der Landespolitik zurückziehen werde. Vor diesem Hintergrund schlug sie vor, die Funktion des Landesvorsitzenden und Spitzenkandidaten zu bündeln. Dies solle auf dem Landesparteitag am 3. November 2001 in Sparow geschehen. So könne die Partei gestärkt in den Landtagswahlkampf ziehen.

### Nominierung mit klarer Mehrheit

Nach einer offenen Diskussion beschloß der Landesvorstand einstimmig dem Vorschlag der Landesvorsitzenden zu folgen und

nominierte anschließend mit klarer Mehrheit den Vorsitzenden der CDU-Landestagfraktion, Eckhardt Rehberg, für den Landesvorsitz und die Spitzenkandidatur. Steffie Schnoor unterstrich, daß sie ihre Ämter in der Partei und im Landtag bis zum letzten Tag voll ausfüllen werde. Die Mitglieder des Landesvorstandes dankten der Landesvorsitzenden für ihr Engagement in den zurückliegenden Monaten.

### 15 Monate erfolgreicher Politik

Steffie Schnoor war im Mai 2000 als Nachfolgerin von Angela Merkel an die Spitze der Landespartei gerückt. Die zurückliegenden 15 Monate waren für die CDU im Nordosten erfolgreich. So wurden die Auswirkungen der Spendenaffäre bei der Bundespartei gemindert. Und nach der gewonnenen Landratswahl in Demmin (Sommer 2000) wurden auch die Landrats- und Bür-

germeisterwahlen im Jahr 2001 zu einem Erfolg.

## Zukunftsoffensive intensiv diskutiert

Gleichzeitig kämpfte Steffie Schnoor, die auch bildungspolitische Sprech-



*Eckhardt Rehberg: Auf dem Landesparteitag am 3. November werden wir unsere Zukunftsoffensive beschließen. Wir werden an den Schwerpunkten des Programms festhalten und alles daran setzen, damit die CDU wieder stärkste Partei im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern wird.*

zende mit der Zukunftsoffensive vielbeachtete inhaltliche Schwerpunkte zur Diskussion, mit denen die CDU für den Landtagswahlkampf fit gemacht werden sollte. Hierzu gab es in der Partei und der Öffentlichkeit eine intensive Diskussion, die nun mit dem Beschluß der



*Steffie Schnoor: Ihr Vorschlag war es die Funktion des Landesvorsitzenden und des Spitzenkandidaten zu bündeln. Die zurückliegenden 15 Monate unter ihrer Führung waren für die CDU im Nordosten erfolgreich. Größter Erfolg: die Landrats- und Bürgermeisterwahlen in diesem Jahr.*

rin der CDU-Landtagsfraktion ist, gegen die falschen Weichenstellungen in der Bildungspolitik des Landes. So wurde u.a. ein eigener Schulgesetzentwurf der CDU vorgelegt und in vielen öffentlichen Diskussionsveranstaltungen gegen die von der SPD/PDS-Landesregierung geplante Regionalschule Stellung bezogen.

Im November 2000 stellte die Landesvorsit-

Zukunftsoffensive auf dem Landesparteitag am 3. November 2001 abgeschlossen werden soll. Eckhardt Rehberg kündigte an, an diesen Schwerpunkten festzuhalten. So will er erreichen, daß die CDU wieder deutlich stärkste Partei im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern wird.

[http://](http://www.cdu-mv.de)

Siehe auch: [www.cdu-mv.de](http://www.cdu-mv.de)

FRANK STEFFEL:

## Berlin darf nicht sozialistisch werden

„Gemeinsam schaffen wir's“ steht auf den Schokoladen-Täfelchen, die der Kreisverband Charlottenburg-Wilmersdorf spendiert hat. Und „gemeinsam“ sind sie alle da – im Palais am Funkturm zur Eröffnung der „heißen“ Wahlkampf-Phase:

■ Angela Merkel, ■ Spitzenkandidat Frank Steffel, ■ Landesvorsitzender Eberhard Diepgen und als prominenter Gast: ■ der österreichische Bundeskanzler Wolfgang Schüssel.

„Gemeinsam werden wir bis zum 21. Oktober kämpfen“, verspricht die Parteivorsitzende, „damit wir ein tolles Wahlergebnis hinlegen.“ Eberhard Diepgen sieht diesen Wahlkampf im neuen Licht: „Endlich müssen wir keine Rücksicht mehr auf die SPD nehmen, die uns immer daran gehindert hat, das Richtige zu tun.“

Ovationen für Frank Steffel, der auf die „verdammte schwierige Ausgangslage“ verweist und zum Ziel aller Anstrengungen sagt: „Ich möchte nicht in einer sozialistischen Stadt leben.“ **UD**



## ARBEITSMARKT

### Bedrohlich

Für Kanzler Schröder war es der schwärzeste Mittwoch seit Antritt der rot-grünen Regierung vor drei Jahren: Erstmals ist die Zahl der Arbeitslosen nicht mehr gesunken, sondern wieder gestiegen. 3 788 800 Menschen in Deutschland haben keine Arbeit. Und diese Zahl nähert sich bedrohlich der 4-Millionen-Grenze. Die rot-grüne Koalition ist weiter denn je von ihrem zentralen Wahlversprechen entfernt, die Arbeitslosigkeit spürbar und nachhaltig zu senken.

Bild-Zeitung

### Puste ausgegangen

Die Nervosität bei Rot-Grün steigt. Die konjunkturelle Talfahrt reißt den Arbeitsmarkt mit. Seit Jahresanfang steigt und steigt die saisonbereinigte Arbeitslosigkeit. Dem Arbeitsmarkt ist die Puste ausgegangen.

Sauerstoffmangel trübt bekanntlich das Denkvermögen. Das zeigt auch der Angriff von SPD-Staatssekretär Andres auf die von den Grünen favorisierten Kombilöhne. Der Mann hat nach einem alten sozialdemokratischen Reflex reagiert: Kombilöhne sind Gift, sie drücken die Tariflöhne. Dabei sind Kombilöhne ein gutes Mittel, um Arbeitslose aus der Sozialhilfefalle zu locken. Sie sorgen dafür, dass sich Arbeit wieder lohnt. Doch eins schaffen sie nicht: dauerhafte Jobs. Wenn die Rahmenbedingungen nicht stimmen, stellen Betriebe nicht ein – da können Arbeitsämter mit noch soviel Millionen locken. Darum läuft das Modell im Saarland so schleppend. Darum bleiben die Ämter im Osten auf Lohnzuschüssen sitzen.

Rheinische Post

## KANZLER

### Tut nix

Hereinspaziert, meine Damen und Herren: Tag der

Offenen Tür im Kanzleramt! Schauen Sie sich ruhig um, und dann, bitte, nehmen Sie die Bilanz mit. Die Arbeitslosigkeit sinkt nicht, wie Schröder es versprochen hat, sondern steigt, und wenn sie nicht die Vier-Millionen-Marke erreicht, dann ist das Glück. Die Konjunktur wird nicht stärker, wie Schröder es einst als seinen Erfolg reklamiert hat, sondern immer schwächer; wenn sie ein Prozent Wachstum erreicht, dann ist das schon viel. Die Auftragseingänge lassen nach, die Industrieproduktion sinkt, die Kosten im Gesundheitswesen sind nicht mehr zu fassen. In Euro-Europa sind andere Spitze. Schröder muss handeln, obwohl er das Gegenteil zur Strategie erklärt hat.

Der Tagesspiegel

## SPD-FRAKTION

### Gefolgschaft

Was ist in SPD-Generalsekretär Müntefering gefahren? Hat ein alter Fuhr-

*mann wie er die Nerven verloren? Warum sonst droht er den Abweichlern bei der Mazedonien-Abstimmung mit Abstrafung? Oder wollte er vom peinlichen Thema Scharping ablenken? Keine Sorge, des Verteidigungsministers Badeszenen bleiben uns allen erhalten. Abgeordnete, Herr Müntefering, sind ihrem Gewissen verantwortlich. Nicht der Partei. Sie sind kein Stimmvieh. Gegen den Mazedonien-Einsatz der Bundeswehr kann man mit Nein stimmen und trotzdem ein ordentlicher Sozialdemokrat sein. Die Aktion ist gefährlich, das Mandat windig. Durch ungeschicktes Management ist aus einem Votum, das fast abgehakt war, ein Zeichen von Zerrissenheit der SPD geworden. Auch Peter Struck gerät in Erklärungsnöte. Wenn es stimmt, was er vermutet, dass nämlich ein paar SPD-Abgeordnete mit Nein gestimmt haben, um ihm oder dem Kanzler eins auszuwischen, lässt das tief blicken. Muss der Kanzler damit rechnen, dass ihm*

*ein Teil der Fraktion auch bei anderen Themen die Gefolgschaft verweigert?*

Westdeutsche Allgemeine

### Fragwürdig

*Bei einem TV-Quiz wurde kürzlich ein Kandidat gefragt, wem ein Abgeordneter verantwortlich sei: Seiner Partei, seinem Wahlkreis, seinem Kanzler oder seinem Gewissen. Der Politamateuer überlegte eine Weile und entschied sich dann fürs Gewissen. Bingo! Ob der Politprofi und SPD-Generalsekretär Franz Müntefering genau so erfolgreich gewesen wäre?*

Leipziger Volkszeitung

### ZUWANDERUNG

#### Einigung nicht in Sicht

*Ein modernes Zuwanderungsgesetz wäre ein wichtiger Reformschritt in einer globalisierten Welt. Es böte die Chance, das Tor für hoch Qualifizierte zu öffnen und auf die Bedürfnisse des*

Die Sozialdemokraten in Norwegen haben bei den Parlamentswahlen ein Drittel ihrer Mandate verloren. Hohe Gewinne konnten dagegen Konservative und Linkssozialisten verbuchen. Die Christdemokraten waren mit der Zentrumspartei und mit den Liberalen als Drei-Parteien-Bündnis angetreten.

*Arbeitsmarktes einzugehen, zugleich aber jene nach wie vor massenhafte Einwanderung, die unter dem Deckmantel des Asyls daherkommt, zu reduzieren. Weil jedoch, auf der suche nach dem Konsens, beschlossen wurde, diese beiden Aspekte faktisch nicht gemeinsam zu behandeln, sondern die gewünschte Zuwanderung zu ermöglichen, ohne die unerwünschte Zuwanderung zu ermöglichen, ohne den unerwünschten Zustrom tatsächlich zu reduzieren, ist eine Einigung nicht in Sicht. Eine neue, ernsthafte Debatte tut Not. Sie muss vorab festlegen, dass von Migration nicht reden kann, wer von Begrenzung schweigen will.*

Die Welt

## URKUNDEN, EHRENABZEICHEN

### Urkunden

#### 25 Jahre CDU-Mitglied

Best.-Nr.: **0396**

#### 40 Jahre CDU-Mitglied

Best.-Nr.: **0644**

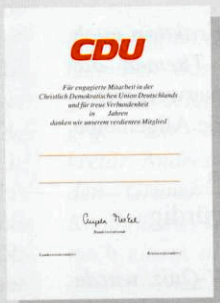
#### 50 Jahre CDU-Mitglied

Best.-Nr.: **0071**

DIN A4

50 Expl.: 12,00 DM/

6,14 EURO



### Ehrenabzeichen der CDU

10 Expl.: 17,50 DM/

8,95 EURO



### Urkunde ohne Jahresangabe

DIN A4

Best.-Nr.: **0097**

50 Expl.: 12,00 DM/

6,14 EURO

### Ehrenabzeichen Bronze

#### 25jährige CDU-Mitgliedschaft

Best.-Nr.: **0233**

### Ehrenabzeichen Silber

#### 40jährige CDU-Mitgliedschaft

Best.-Nr.: **0235**

### Ehrenabzeichen Gold

#### 50jährige CDU-Mitgliedschaft

Best.-Nr.: **0237**

### Urkunde

#### „Für besondere Verdienste“

DIN A4

Best.-Nr.: **0449**

50 Expl.: 12,00 DM/

6,14 EURO

### Mappen für

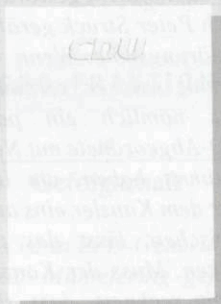
#### Ehrenurkunden mit CDU-Logo-Prägung

DIN A4

Best.-Nr.: **0247**

25 Expl.: 24,00 DM/

12,27 EURO



**Die PDS -  
Fakten  
Hintergründe**

Was sie will.  
Was sie macht.  
Wer sie lenkt.



Vorrang FÜR FAMILIEN -  
FREIRÄUME FÜR DAS LEBEN.



**Broschüre „Vorrang für  
Familien - Freiräume für  
das Leben“**

Bestell-Nr. **2750**  
50 Expl. 31,00 DM  
(15,85 EURO)

**PDS-Doku-  
mentation**

Bestell-Nr. **5764**  
Preis je 20 Expl.  
15,00 DM  
(7,67 EURO)

**Broschüre  
„Zuwanderung steuern  
und begrenzen.  
Integration fördern.“**

**Beschluss des Bundesaus-  
schusses der CDU Deutsch-  
lands vom 7. Juni in Berlin**

Bestell-Nr. **5762**  
Preis je 20 Expl. 28,00 DM  
(14,32 EURO)



**ZUWANDERUNG STEUERN  
UND BEGRENZEN.  
INTEGRATION FÖRDERN.**

Beschluss des Bundesausschusses der CDU Deutschlands  
vom 7. Juni 2001 in Berlin



**Aus der großen  
eine Chance**

**Zusammenfassung  
des Beschlusses  
„Zuwanderung steuern  
und begrenzen.  
Integration fördern.“**

Bestell-Nr. **2763**  
Preis je 100 Expl. 22,00 DM  
(11,25 EURO)



**ZUWANDERUNG STEUERN  
UND BEGRENZEN.  
INTEGRATION FÖRDERN.**

Zusammenfassung des Beschlusses des  
Bundesausschusses der CDU Deutschlands  
vom 7. Juni 2001



**BESTELLANSCHRIFT**

Bertelsmann Distribution GmbH  
- IS-Versandzentrum -  
Postfach 1162, 33759 Versmold  
Telefax 052 41-804 1892  
e-mail:  
cdu-shop@bertelsmann.de

# UD

Union Betrieh  
Postfach 119  
53348 Rheinl  
PVSt, Deutschl  
Entgelt bezah

2600-5-42720AKV

156/ 44  
G 8457

Konrad Adenauer Stiftung e.V.  
Postfach 12 60

53730 Sankt Augustin

Höchste Zeit zum Handeln!



Organisiert gegen Kriminalität

**CDU**

Die ausführliche  
Fassung der jeweiligen  
Broschüren finden  
Sie im Internet unter  
[www.cdu.de](http://www.cdu.de)

NEUE SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT



Kurzfassung des Diskussionspapiers der CDU Deutschlands

**CDU**

## Broschüre „Innere Sicherheit“

Höchste Zeit zum Handeln

Bestell-Nr. **5772**

Preis je 50 Expl. 27,50 DM  
(14,06 EURO)

## Broschüre „Neue Soziale Marktwirtschaft“

Kurzfassung

Bestell-Nr. **5769**

Preis je 50 Expl. 50,00 DM  
(25,56 EURO)

Alle Preise gelten zzgl. MwSt. und Versand gemäß Versandbedingungen